

STARK.

Magazin der Kreishandwerkerschaft Dortmund und Lünen

Sonderausgabe August 2021



Ausgewählte Stimmen
zur Bundestagswahl 2021

**Wer jeden Tag
Originale
bearbeitet, wird
irgendwann
selber eins.**

Wir wissen, was wir tun.



DAS HANDBWERK
DIE WIRTSCHAFTSMACHT. VON NEBENAN.

Wählen gehen – für unser Handwerk

Liebe Kolleginnen und Kollegen, diese Bundestagswahl wird spannend. Nach 16 Jahren Regierungszeit von Angela Merkel geht es jetzt darum, wer die politischen Weichen unseres Landes in den kommenden Jahren stellen wird. Und das in keineswegs ruhigen Zeiten, in denen ein „weiter so“ alles regeln würde. Der Klimawandel und die damit verbundenen Naturkatastrophen stellen uns vor immer neue Herausforderungen und die Corona-Pandemie hat die deutsche und auch die internationale Wirtschaft erheblich in Mitleidenschaft gezogen. Jetzt gilt es, die richtigen Ideen zu haben und die richtigen Entscheidungen zu treffen, damit wir auch in Zukunft in Deutschland gut und sicher leben können.

Forderungen klar vorbringen

Schon im Frühjahr haben wir von der Kreishandwerkerschaft Dortmund und Lünen im Heft 1/2021 unseres Mitarbeitermagazins STARK darum unsere Wahlprüfsteine formuliert. Sie finden sie in diesem Heft erneut abgedruckt auf Seite 4 und 5. Unser Ziel ist es, damit deutlich zu zeigen, wo uns der „Schuh drückt“. Denn nur wenn wir unsere Forderungen klar vorbringen, können wir Veränderungen erreichen. Das haben wir auch gegenüber den wichtigsten der 53 zur Wahl stehenden Parteien getan. Wir haben Ihnen unsere Forderungen im Frühjahr zugeschickt und sie um eine Stellungnahme gebeten. Da dies allerdings zu einem Zeitpunkt stattfand, an dem noch nicht alle Wahlprogramme vorlagen, können wir die vollständigen Antworten erst jetzt veröffentlichen und nicht wie geplant schon in der Juni-Ausgabe von STARK.

Eine eigene Meinung bilden

Wie stehen die Parteien zum Handwerk? Was können wir erwarten und was nicht? Machen Sie sich auf den kommenden Seiten selbst ein Bild davon und gewinnen Sie eine eigene Meinung. Einen dringenden Appell darf ich Ihnen, liebe Kolleginnen und Kollegen, ans Herz legen: Gehen Sie wählen – für unser Handwerk. Denn wer nicht wählt, vergibt eine wichtige Chance, etwas für unseren Berufsstand zu tun, für die Zukunft unserer Familienbetriebe und unserer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.



„Gehen Sie wählen – für unser Handwerk. Denn wer nicht wählt, vergibt eine wichtige Chance, etwas für unseren Berufsstand zu tun, für die Zukunft unserer Familienbetriebe und unserer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.“

Wir als Kreishandwerkerschaft Dortmund und Lünen werden darüber hinaus auch außerhalb des Wahlkampfes weiterhin alles tun, damit Ihre Stimme das ihr zustehende Gewicht bekommt

Ihr

Kreishandwerksmeister
Dipl.-Ing.
Christian Sprenger

Wahlprüfsteine zur Bundestagswahl 2021



Was Handwerker in Dortmund und Lünen von ihren Abgeordneten und der neuen Bundesregierung erwarten

1. Aufbauhilfen nach der Pandemie leisten

Unter den wirtschaftlichen Folgen der Corona-Pandemie hat auch das Handwerk erheblich zu leiden. Lieferengpässe und steigende Preise werden die Betriebe noch lange belasten. Ohne weitere Unterstützung werden sie langfristig massiv mit wirtschaftlichen Folgen zu kämpfen haben.

- Die neue Bundesregierung muss die mittelständischen Strukturen der deutschen Wirtschaft stabilisieren und stärken.
- Betriebliche Investitionen müssen durch verbesserte Abschreibungsbedingungen gefördert und die Grenze für die Sofortabschreibung geringwertiger Wirtschaftsgüter auf mindestens 1.000 Euro angehoben werden.
- Die teilweise Weitererhebung des Solidaritätszuschlags muss beendet werden.
- Steuererhöhungen und die Wiedereinführung der Vermögensteuer müssen unterbleiben.



2. Aus- und Weiterbildung stärken

Handwerksbetriebe leisten einen wichtigen Beitrag zur Qualifizierung junger Menschen und tragen damit wesentlich zur Fachkräftesicherung bei. Das Handwerk bietet in seinen Bildungszentren attraktive Weiterbildungsmöglichkeiten an. Beides gilt es in der kommenden Legislaturperiode zu fördern und auszubauen.

- Die Gleichwertigkeit der Bildungssysteme „Handwerkliche Ausbildung“ und „Studium“ muss gesetzlich geregelt werden
- Die Attraktivität der Höheren Berufsbildung im Handwerk muss gefördert und die Digitalisierung in den Bildungszentren des Handwerks ausgebaut werden.
- Klein- und Kleinstbetriebe im Handwerk müssen als Träger der Dualen Ausbildung stärker unterstützt werden. Ausbildungsbetriebe und Auszubildende entlastet werden, z. B. durch die Einführung eines bundesweiten Azubitickets.

3. Gewerbeförderung intensivieren

Handwerksbetriebe stärken die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft. Strukturwandel, Digitalisierung und Klimawandel sind Herausforderungen, die Unterstützung brauchen.

- Das bestehende Informations-, Beratungs- und Technologietransfernetzwerk des Handwerks muss gestärkt und ausgebaut werden.
- Förderprogramme wie die „Passgenaue Besetzung“ oder die „Willkommenslotsen“ müssen erhalten bleiben.

4. Standorte sichern und attraktiver machen

Der Ausbau der Infrastruktur, der Gewerbegebiete und neuer bezahlbarer Wohnraum stärken nachhaltig den Bestand der Betriebe und die Zukunftsfähigkeit der Region Ruhrgebiet.

- Die Investitionen in Erhaltung und Ausbau der Verkehrswege des Bundes, aber auch für den öffentlichen Verkehr in Städten und Regionen müssen erhöht werden.
- Regional tätigen Handwerksbetrieben sollte der Zugang zu Finanzierungen für Investitionen in Klimaschutz und Energiewende erleichtert werden.
- Baurecht und Städtebauförderung sind weiterzuentwickeln, um bezahlbaren Wohnraum und Gewerbeflächen zu erschließen.

5. Digitalisierung vorantreiben

Die Corona-Pandemie hat die digitale Entwicklung beschleunigt. Die Handwerksbetriebe brauchen jedoch, um er-



folgreich zu sein, passende ökonomische und politische Rahmenbedingungen.

- Die neue Bundesregierung muss schnelle Internetverbindungen in Gewerbegebieten und einen flächendeckenden Ausbau von High-Speed-Mobilfunknetzen und Breitbandzugängen sicherstellen.
- Das erfolgreiche Unterstützungsangebot des Kompetenzzentrums Digitales Handwerk (KDH) muss fortgeführt werden.
- Der Ausbau der digitalen Verwaltung muss dringend verstärkt werden.

6. Umwelt und Klima schützen

Das Handwerk unterstützt das Ziel der Klimapolitik, die Erderwärmung deutlich zu begrenzen. Es sieht sich als technischen Umsetzer der Energie- und Klimawende.

- Das Handwerk muss als originärer Nachhaltigkeitstreiber integraler Strategiepartner bei der Energiewende und im Umweltschutz werden.
- Der Marktrahmen der Klimatechnik sollte für alle Lösungen offen sein. Politische Ansätze, die sich auf einzelne Technologien fokussieren, sind damit unvereinbar.
- Das Kreislaufwirtschaftssystem sollte auch die Bedürfnisse der kleinen Handwerksbetriebe berücksichtigen mit weniger Bürokratielast und niedrigschwelligem Zugang zu Entsorgungsmöglichkeiten.



7. Bürokratie spürbar abbauen

Handwerksbetriebe haben zahlreiche Bürokratiepflichten zu erfüllen, deren Nutzen nicht immer nachvollziehbar ist und kleine Unternehmen überfordert.

- Der bisherige Abbau unnötiger Bürokratie muss von der Bundesregierung entlang der bestehenden Entlastungsvorschläge des Handwerks fortgesetzt werden. Notwendig sind die Identifizierung vorhandener Entlastungspotenziale sowie die spürbare Reduzierung vorhandener und die strikte Vermeidung neuer bürokratischer Belastungen.
- Die zunehmende Verrechtlichung der Arbeitswelt belastet gerade die kleinen Betriebe des Handwerks. Nötig sind stattdessen ausgewogene Handlungsspielräume für Betriebe und Tarifpartner sowie eine Reduzierung von Dokumentations- und Aufzeichnungspflichten auf das notwendige Maß.

8. Arbeitsmarkt stabilisieren

Nach der Corona-Pandemie zählen die Sicherung und der Aufbau von Beschäftigung. Das Handwerk in Dortmund und Lünen erwartet eine ausgewogene, hinreichend flexible Arbeitsmarktpolitik, den Verzicht auf neue Belastungen und eine entschlossene Bekämpfung aller Formen von Schwarzarbeit und illegaler Beschäftigung.

- Die Betriebe brauchen flexiblere Regelungen im Arbeitszeitgesetz, die den Schutz der Beschäftigten jedoch ausdrücklich nicht einschränken. Notwendig ist die Möglichkeit zum Übergang von der Tages- zur Wochenhöchstarbeitszeit, damit die Betriebe

ihre Beschäftigten ohne eine Erhöhung der Arbeitszeit über die Woche verteilt auftragsabhängig besser einsetzen können.

- Die kontinuierliche Aus- und Weiterbildung von Fachkräften wird immer wichtiger, damit Handwerksbetriebe ihre Leistungen auf dem stets neuesten Stand der Technik erbringen können. Regelungen zur Förderung von Aus- und Weiterbildungen müssen deshalb auf die Bedürfnisse von Handwerksbetrieben zugeschnitten sein.

9. Soziale Sicherung nachhaltig gestalten

Ein wesentlicher Belastungsfaktor für Handwerksbetriebe sind niedrige Lohnzusatzkosten. Dauerhafte Beitragsstabilität sichert die Wettbewerbsfähigkeit der Betriebe, ermöglicht ihren Beschäftigten ein auskömmliches Netto-Einkommen, reduziert Schwarzarbeit, schafft Impulse für mehr Beschäftigung und trägt zur Generationengerechtigkeit bei.

- Die Beiträge zu den Sozialversicherungen müssen dauerhaft auf unter 40 Prozent begrenzt und die Betriebe mit ihren Beschäftigten stärker entlastet werden.
- Bei den Minijobs sollte eine Anhebung der 450-Euro-Grenze auf 600 Euro erfolgen. Damit könnten auch geringfügig Beschäftigte im Handwerk wieder von tariflichen Lohnerhöhungen profitieren.
- Die Fälligkeit der Sozialversicherungsbeiträge muss wieder auf den Folgemonat verschoben werden, wie es vor 2006 geregelt war. Der vorgezogene Fälligkeitstermin belastet Handwerksbetriebe durch den monatlichen Liquiditätsentzug.
- Viele Handwerksbetriebe bieten ihren Beschäftigten familienfreundliche Arbeitsbedingungen. Das Angebot an staatlicher Kinderbetreuung muss parallel dazu daher weiter ausgebaut werden.



Die CDU steht an der Seite des Handwerks

Für die CDU Deutschland hat der Kreisverband Dortmund Stellung zu den Anliegen des Handwerks genommen

Wir setzen auf die beste Infrastruktur und werden unsere Infrastruktur in Stand halten und weiterentwickeln. Im Rahmen der Städtebauförderung wollen wir verantwortungsbewusst das größtmögliche Potenzial unserer Flächen nutzen. Es ist unter anderem unser Ziel, dass bis 2025 mehr als 1,5 Millionen neue Wohnungen entstehen. Die anstehenden Herausforderungen bewerkstelligen wir nur unter dem Einbezug der kleinen bis großen Handwerksbetriebe sowie mit einer darauf ausgerichteten Verwaltung. Die von uns eingeführte Bürokratiebremse soll weiter ausgebaut werden. So sorgen wir für einen „Entfesselungsschub“.

Förderung von Zuwendungen

Wir verbessern die Abschreibungsregeln, indem wir die degressive Abschreibung für bewegliche Wirtschaftsgüter des Anlagevermögens wiedereinführen und die Abschreibungsregeln für digitale Zukunftstechnologien verbessern. Das Handwerk unterstützen wir durch Förderung von Zuwendungen, damit diese noch mehr in digitale Technologien sowie in die digitale Qualifizierung ihrer Beschäftigten investieren.

Bundesprogramm

Bildungsprämie ausbauen

Die Gleichwertigkeit von beruflicher und akademischer Bildung ist uns ein Herzensanliegen. Daher legen wir wieder mehr Gewicht auf die Ausbildung junger Menschen, um dem Fachkräftemangel in den Betrieben wirksam zu begegnen. Im Transformationsprozess wächst die Bedeutung digitaler Lehr- und Lernangebote. Der weitaus größte Teil der Weiterbildung findet heute in den Betrieben und Unternehmen statt. Um die Beschäftigten mit den benötigten Zukunftskompetenzen auszustatten, wollen wir das Bundesprogramm Bildungsprämie ausbauen. Das Förderinstrument der „Passgenauen Besetzung“ setzt bei dem wichtigen Thema der Fach-



Armin Laschet, Kanzlerkandidat der CDU / CSU

Die anstehenden Herausforderungen bewerkstelligen wir nur unter dem Einbezug der kleinen bis großen Handwerksbetriebe sowie mit einer darauf ausgerichteten Verwaltung.

kräftesicherung genau an der richtigen Stelle an, um die kleinen Betriebe des Handwerks zu unterstützen. Wie in der Wirtschaft selbstverständlich, muss sich staatliche Unterstützung laufend anpassen und den Empfangenden gleichzeitig Planungssicherheit ermöglichen.

Bürokratische Belastungen reduzieren

Der Bürokratieabbau wirkt wie ein Konjunkturprogramm und stärkt den Standort Deutschland. Folgende Initiativen sind geplant: Wir werden das bürokratiefreie Jahr nach der Gründung einrichten und im 2. Gründungsjahr bürokratische Belastungen auf ein Minimum reduzieren. Gerade nach der Pandemie sind Steuererhöhungen der falsche Weg. Die CDU setzt auf wirtschaftliches Wachstum, das unserem Staat finanzielle Spielräume eröffnet. Unser Ziel ist es, im Jahr 2045 Treibhausgasneutralität in Deutschland zu erreichen. Wir werden international eine große Verantwortung übernehmen, damit bis 2050 weltweit CO₂-Neutralität erreicht wird. Besonders unsere Handwerksbetriebe sind mit ihrer Expertise für die Energiewende entscheidend. Wir werden Unternehmen von Bürokratiekosten in Milliardenhöhe entlasten.

Minijobgrenze erhöhen

Beschäftigte und Unternehmen brauchen möglichst viele Gestaltungsspielräume, um gemeinsam gute Lösungen zu finden. Die Lohnzusatzkosten wollen wir auf einem stabilen Niveau von maximal 40 Prozent halten. Minijobs bedeuten Flexibilität für viele Betriebe und deren Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Wir werden die Minijobgrenze von 450 Euro auf 550 Euro pro Monat erhöhen und diese Grenze mit Blick auf die Entwicklung des Mindestlohns regelmäßig überprüfen. Eltern und Kinder haben ein Recht auf eine qualifizierte hochwertige Kinderbetreuung, die verlässlich und dem Bedarf angemessen ist. Wir werden den Kita-Ausbau und die Weiterentwicklung der Qualität auch über 2022 hinaus weiter fördern. Wir bleiben auch in Zukunft beim Grundsatz „Entlasten statt Belasten“.

Pandemie bewältigen, das Handwerk stärken

Ein Beitrag der SPD

Die Corona-Krise stellt das Handwerk vor große Herausforderungen. Einige Gewerke sind besonders stark betroffen. Wir haben mit massiven Corona-Hilfen das Handwerk und den Mittelstand bislang weitgehend gestützt. Damit die Effekte nicht verpuffen, müssen die Hilfen weiter gelten. Dafür macht sich Olaf Scholz stark. Auch über weitere Konjunkturmaßnahmen und Schuldenschnitte muss nachgedacht werden. Mit enormen Investitionen in Infrastruktur, digitale Netze, Maßnahmen gegen den Klimawandel und umfassender Forschungsförderung werden wir unternehmerisches Handeln weiter unterstützen. Wir werden das von uns durchgesetzte hohe Investitionsniveau des Bundes mit mindestens 50 Milliarden Euro pro Jahr weiter fortsetzen. Wichtig ist uns auch, besonders hoch verschuldete Kommunen zu entlasten, damit diese mehr Spielraum für Investitionen vor Ort erhalten.

Umbau zur „GigabitGesellschaft“

Darüber hinaus wollen wir Deutschland zur „GigabitGesellschaft“ umbauen. Um dieses Versprechen einzuhalten, werden wir die Versorgung aller Haushalte und Unternehmen mit einer Bandbreite von mindestens einem Gigabit pro Sekunde garantieren – durch konkrete, gesetzlich festgelegte Ausbau- und Versorgungsverpflichtungen und entsprechende Zwischenziele.

Fachkräfte von morgen sichern

Die Menschen im Handwerk machen die Qualität unseres Handwerks aus. Die Basis dafür ist eine gute Aus- und Weiterbildungssituation. Nicht umsonst wird Deutschland vielerorts um seine duale Ausbildung beneidet. Die SPD möchte diese weiter stärken. Wir werden die Gebühren für Techniker:innen- und Meister:innenkurse abschaffen und die berufliche Ausbildung praxisnah mit Schule und Hochschule verknüpfen. Zudem unterstützen wir das Handwerk mit neuen Ausbildungskonzepten. Wir



Olaf Scholz, Kanzlerkandidat der SPD

Wir wollen mehr Unternehmensgründungen anregen und dem Handwerk sowie mittelständischen Unternehmen eine sinnvolle Nachfolgeplanung ermöglichen.

setzen uns für eine Ausbildungsgarantie ein, denn für uns bleibt die Vermittlung junger Menschen in eine betriebliche Ausbildung oberstes Ziel. Digitale und

technologische Entwicklungen verändern Berufsbilder oder lassen neue entstehen. Damit Unternehmen und Mitarbeiter hier mithalten können, lenken wir unser Augenmerk noch stärker auf Weiterbildung. Im Betrieb kommt es auf gerechte Löhne und gute Arbeitsbedingungen für die Arbeitnehmer:innen an. Nur so kann das Handwerk bei der Fachkräftesicherung konkurrenzfähig bleiben. Wir setzen uns daher für eine stärkere Tarifbindung sowie eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf ein. Außerdem werden wir das von uns durchgesetzte Fachkräfteeinwanderungsgesetz daraufhin überprüfen, ob dringend benötigte Fachkräfte wirklich ihren Weg in die deutschen Betriebe finden. Bei Bedarf muss es nachgebessert werden.

Zukunftsfähige Wirtschaft fördern

Für eine Wirtschaft, die zukünftig stark und wettbewerbsfähig ist, brauchen wir kluge Ideen sowie anpackende und mutige Menschen. Wir wollen daher mehr Unternehmensgründungen anregen und dem Handwerk sowie mittelständischen Unternehmen eine sinnvolle Nachfolgeplanung ermöglichen. Um die notwendigen Investitionen in nachhaltige Infrastrukturen effektiv umzusetzen, müssen planungsverzögernde Regelungen abgebaut und eine staatliche Ausbildungsoffensive für Ingenieur:innen und planende Berufe gestartet werden. Um die Klimaziele zu erreichen, brauchen wir einen sozial-ökologischen Umbau der Wirtschaft, der zum Jobmotor wird. Das Handwerk ist der entscheidende Partner, damit die Klimawende vor Ort gelingt. Rahmenbedingungen müssen deswegen verbessert und bürokratieärmer gestaltet werden.

Zukunftsfähigkeit sichern

Ein Beitrag von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Ohne Handwerk geht in Deutschland nichts. Vom Heizungstallateur*innenbetrieb bis zur Bäckerei um die Ecke ist das Handwerk in unserem Alltag überall präsent und unverzichtbar. Es ist einer der wichtigsten Wirtschaftsfaktoren in Deutschland und entscheidend dafür, dass Umwelt- und Klimaschutz vor Ort gelingt. Es bietet gerade auch jenseits der Metropolen jungen Menschen eine Perspektive. Wir wollen für das Handwerk mehr wirtschaftliche Chancen schaffen, die Betriebe bei Digitalisierung und Klimaschutz unterstützen und den Handwerksberuf attraktiver für Fachkräfte und Auszubildende machen.

Mit Steuererstattungen und Gründungskapital unterstützen

Die Corona-Krise fordert viele Unternehmen bis an den Rand ihrer Belastbarkeit. Bei vielen ist nach Monaten der Krise die Eigenkapitalbasis gefährlich ausgezehrt. Wir wollen es den Unternehmen ermöglichen, ihre Corona-Verluste mit den Gewinnen der letzten 4 Jahre (derzeit ist dieser Verlustrücktrag auf 1 Jahr begrenzt) zu verrechnen. Diese Unternehmen erhalten dann die in den Vorjahren gezahlten Steuern erstattet. Außerdem profitieren sie von unseren verbesserten Abschreibungsbedingungen für Investitionen. Gründungen und Nachfolgen wollen wir mit einem Gründungskapital von bis zu 25.000 Euro unterstützen. Ganz generell wollen wir mit einem neuen Gewerbemietrecht und fairen Gewerbemieten der Verdrängung von Handwerk und Gewerbe aus den Innenstädten entgegenwirken.

Investitionsoffensive starten

Wir wollen mit einem langfristigen Investitionsprogramm 500 Milliarden Euro in klimafreundliche Technologien, innovative Geschäftsideen und moderne Infrastrukturen (zum Beispiel für Mobilität, Energie, Bildung und Digitalisierung) investieren. Das kommt gerade auch Handwerksbetrieben zugute, denn für sie liegen in der ökologi-



Annalena Baerbock,
Kanzlerkandidatin Bündnis 90/Die Grünen

Das Handwerk ist entscheidend dafür, dass Umwelt- und Klimaschutz vor Ort gelingt.

schen Transformation große Chancen – von der Gebäudesanierung bis zum Heizungstausch.

Unbürokratische Steuer-Regeln durchsetzen

Durch die Senkung der EEG-Umlage sorgen wir für bezahlbare Strompreise. Wir wollen einfachere, unbürokratische Steuer-Regeln: Anschaffungen bis 1.000 Euro sollen sofort abschreibbar sein und die Umsatzsteuer soll erst entrichtet werden müssen, wenn der/die Kund*in

bezahlt hat (für Unternehmen mit weniger als zwei Millionen Euro Jahresumsatz).

Ausbildung attraktiver, Meisterbrief kostenfrei machen

Qualifizierter Nachwuchs ist für die Zukunftsfähigkeit essentiell. Damit Handwerksberufe noch attraktiver werden, setzen wir auf mehr Gleichwertigkeit von beruflicher und akademischer Ausbildung, auf eine stärkere Tarifbindung und branchenspezifische Mindestvergütungen. Kleine und Kleinstbetriebe sollen bei der Ausbildung und der Gewinnung von Auszubildenden stärker beraten, unterstützt und begleitet werden. Wir setzen uns dafür ein, dass die Länder kostengünstige Azubi-Tickets für junge Menschen in Ausbildung schaffen. Die Durchlässigkeit vom Studium zum Handwerk und zurück sollte selbstverständlich werden, genauso wie internationaler Austausch und Zugang zu Stipendien. Der Meisterbrief soll wie ein Studium kostenfrei sein.

Förderprogramme und Investitionszuschüsse leicht zugänglich machen

Wer ein Unternehmen führt, hat viele Pflichten – dazu gehören auch Meldungen gegenüber Finanzämtern und Behörden. Digital und personell gut aufgestellte Verwaltungen ermöglichen schnellere Planungs- und Genehmigungsverfahren und das Nachweise und Unterlagen, über die Behörden bereits verfügen, nicht erneut vorgelegt werden müssen. Wir wollen einen Rechtsanspruch auf schnelles Internet auf Basis der überwiegend genutzten Bandbreite und kleine und mittlere Unternehmen durch ein unabhängiges IT-Berater*innennetzwerk unterstützen. Förderprogramme und Investitionszuschüsse sollen für KMU einfacher zugänglich sein.

Die hart arbeitende Mitte entlasten

Ein Beitrag der FDP

Das Corona-Virus hat die größte Wirtschaftskrise unseres Landes nach dem Zweiten Weltkrieg verursacht. Wir Freie Demokraten wollen in dieser Situation jede zusätzliche Steuerbelastung vermeiden, insbesondere für kleine und mittelständische Unternehmen, die ohnehin von der Krise gebeutelt sind. Das Handwerk kann sich darauf verlassen, dass es mit uns nach der Wahl keine Steuererhöhungen geben wird, auch keine Wiedereinführung der Vermögenssteuer. Stattdessen wollen wir die hart arbeitende Mitte entlasten, indem wir den Solidaritätszuschlag komplett abschaffen. Die Abgabenlast für die Arbeitnehmer und die Arbeitgeber soll wieder auf unter 40 Prozent sinken. Die Leistungsträger unseres Landes dürfen nicht durch immer höhere Abgaben daran gehindert werden, unseren Wohlstand zu sichern. Auch offene Rechnungen können Liquidität und Arbeitsplätze besonders in kleineren Betrieben massiv gefährden. Dem wollen wir mit einer Zahlungsmoral-Offensive der öffentlichen Hand entgegenwirken.

Bürokratieentlastung vorantreiben

Eine weitere Hürde für die Handwerksbetriebe stellen die wachsenden bürokratischen Anforderungen dar. Wir Freie Demokraten fordern einen Entfesselungspakt für die deutsche Wirtschaft, in dem Maßnahmen zur Bürokratieentlastung gebündelt und vorangetrieben werden. Für jede neue Belastung durch geplante Regelungen sollen im doppelten Umfang Belastungen abgebaut werden („One in, two out“) – auch auf europäischer Ebene. Beispielsweise muss die Vorfälligkeit bei der Abführung von Sozialversicherungsbeiträgen wieder rückgängig gemacht werden. Sie führt nicht nur zu bürokratischer Mehrbelastung, sondern entzieht den Unternehmen Kapital. Anstelle von 24 Monatsabrechnungen müssen Unternehmen wieder nur noch 12 Abrechnungen tätigen und können auf Regelungen zum Schätzen verzichten. Dies entlastet von erheblichem bürokratischem Aufwand.

Freie Demokraten
FDP



Christian Lindner,
Bundesvorsitzender der FDP

Das Handwerk kann sich darauf verlassen, dass es mit uns nach der Wahl keine Steuererhöhungen geben wird, auch keine Wiedereinführung der Vermögenssteuer.

Exzellenzförderung notwendig

Die berufliche Bildung in Deutschland ist weltweit ein Vorbild und Erfolgsfaktor für unseren Wirtschaftsstandort. Gerade kleine und mittlere Unternehmen decken ihren Fachkräftebedarf vorwiegend über die Berufliche Bildung. Die FDP-Bundestagsfraktion und der

Zentralverband des Deutschen Handwerks haben daher bereits in einem gemeinsamen Positionspapier eine Exzellenzförderung gefordert, die sich nicht allein auf die akademische Bildung beschränkt. Ganz in diesem Sinne wollen wir nach der Wahl folgende Projekte voranbringen: Ein bundesweiter Exzellenzwettbewerb soll die besten Ideen zur Zukunft der beruflichen Bildung mit hochrangigen Auszeichnungen und mehrjährigen Zuschüssen fördern. Ein Zentrum für digitale Berufsbildung soll berufsbildende Schulen und ausbildende Betriebe in der Konzeption und Umsetzung digitaler Ausbildungsangebote unterstützen. Zugleich wollen wir mit einem Programm europäische Jugendliche bei einer Ausbildung in Deutschland unterstützen. Analog zum Deutschen Akademischen Austauschdienst (DAAD) braucht es einen Deutschen Beruflichen Austauschdienst, der Auszubildende, Betriebe und Berufsschulen bei Auslandsaufenthalten unterstützt. Die Programme Erasmus+ und Ausbildung Weltweit wollen wir ausbauen. Berufsorientierungsangebote und Praktika soll es in enger Kooperation mit der Wirtschaft an allen Schulformen geben. Flächendeckend wollen wir Jugendberufsagenturen ausbauen. Das Aufstiegs-BAföG soll Teilzeitfortbildungen und interdisziplinäre Bildungswege besser fördern. Hybride Angebote und eine bessere Anerkennung bereits erworbener Kompetenzen sollen die Durchlässigkeit zwischen beruflicher und akademischer Bildung erhöhen. Die Gleichwertigkeit von beruflicher und akademischer Ausbildung steht für uns außer Frage. Damit neben der Aus- auch die Weiterbildung modernisiert und fortentwickelt wird, wollen wir ein „Midlife-BAföG“ von bis zu 1.000 Euro im Jahr einführen. Darüber hinaus soll in einem persönlichen Freiraumkonto unabhängig vom Arbeitgeber das steuer- und abgabenfreie Ansparen für Weiterbildungsangebote und Bildungsauszeiten ermöglicht werden. Damit schaffen wir ein zweites Bildungssystem für das ganze Leben.

Handwerk ist wichtiger Teil des sozialökologischen Umbaus

Ein Beitrag von DIE LINKE

Für DIE LINKE ist das Handwerk eine Zukunftsbranche. Das Handwerk ist zentraler Bestandteil unserer Gesellschaft und entscheidend für die sozial-ökologische Transformation. Eine soziale und ökologische Orientierung muss viel stärker vorhandene Anlagen und Infrastruktur warten, reparieren und an neue Bedarfe anpassen. Der Strukturwandel wird in einigen Bereichen Beschäftigung abbauen, in anderen (u.a. Recycling, Energie, Elektronik und Steuerungstechnik) erhöhen. Für arbeitsintensives Handwerk wollen wir ermäßigte Steuersätze. Unterschiede bei Entlohnung und Bedingungen zwischen Handwerk und Industrie sind einzuebnen und die Qualifizierung ist anzupassen etwa durch Transformationsfonds zur Einkommenssicherung.

Das Handwerk mit allen Mitteln fördern und fordern

Wir werden jährlich über 120 Milliarden Euro in die öffentliche Daseinsvorsorge und Infrastruktur investieren mit nachhaltigen Schwerpunkten (u. a. Gebäudesanierung, Verbesserung des Wohnumfelds, altersgerechten und barrierefreien Umbau von Gebäuden sowie nachhaltige Mobilität und Decarbonisierung von Industrie in Produktion und Dienstleistung). Hier braucht es ein gut aufgestelltes Handwerk mit motivierten, qualifizierten Beschäftigten. In dieser Hinsicht brauchen wir eine umfassende und neu aufgestellte Beratung für Handwerker_innen. Wir wollen das Handwerk mit allen Mitteln fördern und fordern, parallel u. a. einen gesetzlichen Rahmen für Soloselbstständige, der für auskömmliche Honorare, eine verbindliche und kostengünstige Altersvorsorge und soziale Absicherung auf hohem Niveau sorgt. Wir wollen zudem Allgemeinverbindlicherklärungen von Tarifverträgen erleichtern und prekäre Beschäftigung strikt begrenzen, um die Tarifbindung im Handwerk flächende-



Janine Wissler,
Spitzenkandidatin Die Linke

Wir wollen, dass Handwerker mehr Zeit fürs Handwerk haben.



Dietmar Bartsch,
Spitzenkandidat Die Linke

ckend zu erhöhen sowie bei der öffentlichen Auftragsvergabe die Einhaltung von Tariftreue (auch für Subunternehmen) vorschreiben.

Bürokratieabbau vorantreiben

Das klingt nach mehr Bürokratie. Doch wir wollen, dass Handwerker mehr Zeit fürs Handwerk haben. Die LINKE will Bürokratie abbauen, wo sie nicht notwendig ist und nur zeitliche wie finanzielle Belastungen mit sich bringt. Ob es unsinnige Belastungen gibt, ist gemeinsam mit den Betroffenen und deren Verbänden zu prüfen. Wir wollen eine digitale Verwaltung mit mehr Mitteln und Personal endlich zügig durchsetzen, die Behörden (Bund, Land und Kommunen) vernetzen und so die Abläufe beschleunigen und effektiv organisieren.

Aufwändige Antragsverfahren identifizieren

Wir haben die Bundesregierung aufgefordert, die 20 aufwändigsten Antragsverfahren für die BürgerInnen und die 10 aufwändigsten Verfahren für KMU zu identifizieren und so zu vereinfachen. Hierzu müsste die Rechtsetzung erstens mit den BürgerInnen und KMU belastbar getestet werden. Zweitens müssten Design und Sprache von Formularen und Anträgen – Papier und online – durchgehend vom Standpunkt voller Nutzerfreundlichkeit gestaltet sein und damit könnten zig Millionen Stunden unnötiger Nerverei und Belästigung verschwinden – auch für das Handwerk.

Kreishandwerkerschaft
Dortmund und Lünen



Impressum

Herausgeber: Kreishandwerkerschaft Dortmund und Lünen

Lange Reihe 62 • 44143 Dortmund • Tel. 0231 5177-0

E-Mail: info@handwerk-dortmund.de • www.handwerk-dortmund.de

Hauptgeschäftsführer: Joachim Susewind • V.i.S.d.P.: Joachim Susewind

Realisation: müller:kommunikation • Am Bertholdshof 87, 44143 Dortmund •

Tel.: 0231 223823-40 • E-Mail: handwerk@muellerkom.de • www.muellerkom.de •

Redaktionsschluss: 21.08.2021

Redaktion: Stefan Müller, Regine Teschendorf • Layout: Regine Teschendorf.

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung der Autoren wieder.

Für den Inhalt der Wahlwerbung ist ausschließlich die jeweilige Partei verantwortlich.

Lesefreundliche Texte und geschlechtergerechte Sprache lassen sich nicht immer gut vereinbaren. In dieser Zeitschrift wird der Einfachheit halber nur die männliche Form verwendet.

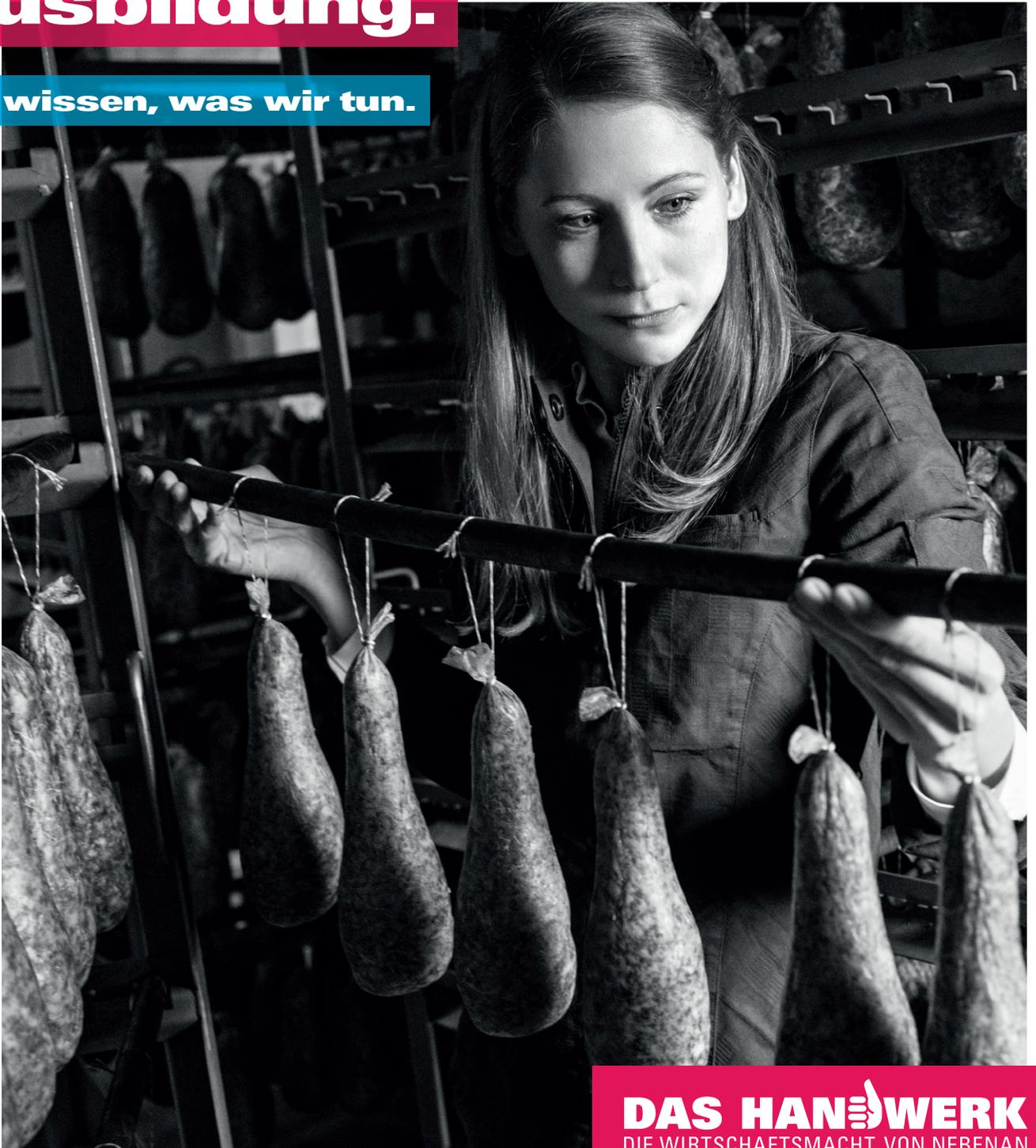
Titelfoto: Torsten Asmus/stock.adobe.com

Katharina Koch
Fleischerin

**Reife braucht
Zeit. Und
eine gute
Ausbildung.**

Über 130 Berufe,
die glücklich machen.
Mal drüber
nachgedacht?

Wir wissen, was wir tun.



DAS HANDBWERK
DIE WIRTSCHAFTSMACHT. VON NEBENAN.

HANDWERK.DE